

**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**– Verein für Socialpolitik –**

Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h. c. Heinz König, Universität Mannheim  
Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Alfred Kieser, Universität Mannheim  
Schatzmeister: Prof. Dr. Dr. h. c. Leonhard Gleske, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.  
Schriftführer/Geschäftsführer: Dr. Winfried Pohlmeier, Universität Mannheim  
Geschäftsstelle: Seminargebäude A 5, 6800 Mannheim 1, Tel. (06 21) 2 92 - 34 57

**Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft**

**Ausschuß für Geldtheorie und Geldpolitik**

Dieser Bericht umfaßt drei Ausschußsitzungen, die zwischen November 1988 und Juli 1990 jeweils im Gebäude der Deutschen Bundesbank in Frankfurt stattgefunden haben. Mit einer breiten Berichtsspanne soll einmal anstelle der sitzungsweisen Berichterstattung die Kontinuität einer Ausschußarbeit belegt werden.

**Zur Mikroökonomik von Geldtheorie und Geldpolitik**

Die 19. Sitzung vom November 1988 und die 20. Sitzung vom November 1989 behandelten in vornehmlich mikroökonomischer Sicht neue theoretische Fundierungen und institutionelle Entwicklungen. Die Referate erscheinen, mit einer Ausnahme, in der Schriftenreihe des Vereins für Socialpolitik unter dem Titel „Finanzintermediation, Bankenregulierung und Finanzmarktintegration“, gegliedert nach thematischen Gesichtspunkten.

Die 19. Sitzung wurde eröffnet von Prof. Dr. *Martin Hellwig* (Basel) mit einem Paper (verfaßt mit *Douglas Gale*) „A General-Equilibrium Model of the Transactions Demand for Money“, in dem eine allgemeine Gleichgewichtsversion des Baumol-Tobin-Ansatzes formuliert ist.

Prof. Dr. *Rudolf Richter* (Saarbrücken) behandelte die „Bankenregulierung aus der Sicht der Neuen Institutionenökonomik“. Kernstück der Regulierungstheorie ist in dieser Sichtweise das Konzept des relationalen Vertrages für laufende Geschäftsverbindungen. *Richter* übertrug dieses Konzept auf die Geschäftsbedingungen zwischen Geldbenutzern und Geldproduzenten. Er unterschied dabei zwischen Notengeld und dem von den Geschäftsbanken geschaffenen Depositengeld. Dr. *Jürgen Becker* (Deutsche Bundesbank) zeichnete anschließend mit seinem Referat „Weiterentwicklung der

nationalen und internationalen Bankenaufsicht“ nach, mit welchen aktuellen Regulierungsvorschlägen die USA, England und Deutschland in jüngster Zeit hervorgetreten sind und wie die Bemühungen um eine internationale Vereinheitlichung im Basler-Ausschuß der G 10-Länder und durch die EG-Kommission stehen.

Finanzintermediäre (Kreditvermittler) können verschiedene wirtschaftlich bedeutende Funktionen erfüllen. Dr. *Stefan Krasa* und Dr. *Josef Kubitschek* (Wien) interessierte die Frage, ob bei imperfekten, asymmetrischen Informationen, die Transaktionskosten entstehen lassen, Finanzintermediationen auch spieltheoretisch begründbar sind. Ihre Modellierung erlaubt dabei sogar die gleichgewichtige Koexistenz von Intermediation und direkter Kreditbeziehung zwischen Firmen und privaten Haushalten. Prof. Dr. *Ernst Baltensperger* (Bern) zeigte anhand eines theoretischen Modells auf, daß eine finanzielle Intermediation zwischen den Generationen nicht nur, wie vielfach in der Literatur unterstellt oder behauptet, durch den Staat möglich ist, sondern auch durch private Institutionen wahrgenommen werden kann.

Die 20. Sitzung wurde eingeleitet durch das Referat „Internationaler Freihandel und Bankdienstleistungen“ von Prof. Dr. *Wernhard Möschel* (Tübingen). Dargelegt wurden die Charakteristika im internationalen Handel dieses Wirtschaftssektors und zugleich deutlich gemacht, welche Hindernisse für den Freihandel die unterschiedlichen nationalen Regulierungen implizit oder explizit gewollt mit sich bringen. Der Referent diskutierte zugleich die möglichen Strategien regulativer Fortentwicklungen auf internationaler Ebene. Damit war gleich zu Beginn die Verknüpfung mit der Thematik Bankenregulierung der vorangegangenen 19. Sitzung hergestellt. Dr. *Karl Thomas* (seinerzeit: Deutsche Bundesbank, nunmehr Präsident der Landeszentralbank in Hessen) behandelte in seinem Beitrag „Finanzmarktintegration und Bankwettbewerb: Regelungen und Marktsysteme in der EG“ die Probleme von Integration und Wettbewerb als interdependente Entwicklungen. Auch seine Analyse mündete darin, warum und wie die öffentliche Bankenaufsichten auf diese Entwicklungen reagieren sollten.

Prof. Dr. *Hans-Egon Büschgen* (Köln) begründete mit seinem Referat „Finanzmarktintegration und Bankwettbewerb: Einzelwirtschaftliche Aspekte“, die These, daß die Banken und andere Finanzinstitute auf die von Prof. Dr. *Möschel* und Dr. *Thomas* aufgezeigte Integration der Finanzdienstleistungsmärkte mit der leistungspolitischen Strategie der „Allfinanz“ reagieren werden. Er diskutierte zugleich die Ausprägungen dieser Strategie und mögliche strategische Varianten.

Die Diskussion beider Sitzungen wurde abgeschlossen mit den „Gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen einer Öffnung der europäischen Finanzmärkte“ durch Prof. Dr. *Dietmar Kath* (Duisburg). Im Mittelpunkt des Referates standen die währungspolitischen Konsequenzen. Im Gegensatz zu der Neigung der meisten Politiker und der EG-Kommission, die europäische Währungsvereinigung durch politische Koordinationen herbeizuführen, begründete der Autor, die Europäische Währungsunion als letztes Glied der Integration über Marktprozesse anzustreben.

### Die deutsch-deutsche Vereinigung

Die 20. Sitzung fand zwei Wochen nach Öffnung der Mauer statt. Da eine chinesische Lösung in der DDR nicht mehr möglich war, zeichnete sich eine deutsch-deutsche Annäherung ab. Diese historische Stunde nahm der Ausschuß zum Anlaß, die währungspolitischen und monetären Voraussetzungen wie Konsequenzen dieser Annäherung eingehend zu diskutieren. Eingeleitet wurden die Erörterungen durch ein ad-hoc-Referat von Prof. Dr. *Werner Ehrlicher* (Freiburg). Als Ergebnis der Diskussion

muß man im Nachhinein konstatieren: Damals dachte kein Teilnehmer an ein einheitliches Währungsgebiet als Strategie der ökonomischen Angleichung, schon gar nicht galt eine gemeinsame Währung politisch durchsetzbar.

Die Mitglieder des Ausschusses waren sich bewußt, daß die politischen Ereignisse eine Diskussion in einer eigenen Ausschußsitzung erforderten. Diese fand als 21. Sitzung im Juli 1990 statt. Sie war als Arbeitssitzung in dem Sinne geplant, daß aufgrund der sich abzeichnenden Schnellebigkeit der politischen Ereignisse nur Thesepapiere vorgelegt wurden, die nicht für die Veröffentlichung bestimmt sein sollten. Die Thesepapiere, die die Erörterungen strukturierten, wurden beigetragen von: Prof. Dr. *Karl-Hans Hartwig* (Münster) „Geld und Bankensystem in den sozialistischen Planwirtschaften: Probleme und Reformbedarf“; Prof. Dr. *Hans-Joachim Dubrowski* (Berlin/DDR) „Monetäre Aspekte der Transformation des Wirtschaftssystems der DDR in eine Marktwirtschaft“; Dr. *Reinhard Pohl* (Berlin) „Geldpolitische Konsequenzen der deutsch-deutschen Währungsunion“; Dr. *Hermann-Josef Dudler* (Deutsche Bundesbank) „Vorbereitung und Konsequenzen der deutsch-deutschen Währungsunion aus Sicht der Deutschen Bundesbank“.

### Weitere Ausschußarbeit

Der Ausschuß wird auch weiterhin durch Diskussionsrunden die monetären und geldpolitischen Entwicklungen und Probleme der deutsch-deutschen Vereinigung verfolgen. Für Juni 1991 ist eine Sitzung zu bislang wenig behandelten Fragen der Verwirklichung der Europäischen Währungsunion geplant.

Prof. Dr. J. Siebke, Heidelberg

### Temporäre Arbeitsgruppe „Evolutorische Ökonomik“

Vom 5. - 7. 1990 ist der temporäre Arbeitskreis in Freiburg zu seiner diesjährigen Sitzung mit ca. vierzig Teilnehmern zusammengetroffen. Das Programm sah vor, Mitgliedern und neuen Interessenten Gelegenheit zu geben, aus laufenden, einschlägigen Forschungsarbeiten zu berichten und über diese zu diskutieren. Es referierten:

Prof. Dr. A. *Wagner* (Tübingen) über „Evolution durch Innovation: Wertung empirischer Befunde zum Forschungstransfer in Marburg und Tübingen“ (Koreferat: Prof. Dr. U. P. *Ritter*, Frankfurt);

Dr. C. *Herrmann-Pillath* (Köln) über „Die humanevolutorische Rahmentheorie der Institutionenökonomik: zur Entwicklung des Staates in China und Europa“ (Koreferat: Dr. A. *Ryll*, Köln);

Privatdozent Dr. M. *Lehmann-Waffenschmidt* (Karlsruhe) über „Ökonomische Evolution und Gleichgewicht – konträr oder komplementär?“ (Koreferat: Prof. Dr. G. *Stephan*, Bern);

Dr. W. *Kerber* (Nürnberg) über „Überlegungen zur Entwicklung einer evolutorischen Mikroökonomik“ (Koreferat: Dr. H. *Zink*, Bern);

Prof. Dr. G. *Blümle* (Freiburg) über „Die Rolle der Einkommens- und Gewinnstreuung für die wirtschaftliche Entwicklung“ (Koreferat: Dr. R. *Schubert*, Darmstadt);

Prof. Dr. B. *Fritsch* (Zürich) über „Evolutionsökonomische Aspekte des Energie- und Umweltproblems“ (Koreferat: Prof. Dr. B. *Biervert*, Wuppertal);

Prof. Dr. A. Meier (St. Gallen) über „Eine evolutionistische Sicht des wirtschafts-politischen Prozesses“ (Koreferat: Prof. Dr. H.-H. Francke, Freiburg);

Prof. Dr. H. Hanusch und Dipl. oec. M. Hierl (Augsburg) über „Productivity, Profitability, and Innovative Behavior“ (Koreferat: Prof. Dr. H. Majer, Stuttgart);

Privatdozent Dr. F. Rahmeyer (Augsburg) über „Evolutionsökonomik, technischer Wandel und sektorales Produktivitätswachstum“ (Koreferat Dr. M. Supper, Wien).

Für die Diskussionsleitung stellten sich Prof. Dr. H. W. Holub (Innsbruck), Privatdozent Dr. F. Englmann (Stuttgart), Prof. Dr. H. Helmstädter (Münster), Prof. Dr. H. Schnabl (Stuttgart) und Prof. Dr. B. Meyer (Osnabrück) zur Verfügung.

Am Abend des 5. 7. wurde darüber hinaus in zwangloser Atmosphäre über den Dächern von Freiburg eine „brainstorming session“ zur Frage „Warum, wann und wie transformieren sich Wirtschaftssysteme?“ abgehalten. Thesenartige Kurzreferate von Prof. Dr. K. Dopfer (St. Gallen), Prof. Dr. U. Schlieper (Mannheim), Dr. K. Schwarz (Berlin-Ost), Prof. Dr. M. E. Streit (Freiburg), Prof. Dr. H. Ursprung (Konstanz), Prof. Dr. P. Weise (Kassel) leiteten eine längere Plenumsdiskussion zu dieser hochaktuellen Thematik ein.

In der Mitgliederversammlung am 7. 7. wurden folgende neue Mitglieder in den temporären Arbeitskreis aufgenommen: Prof. Dr. B. Biervert (Wuppertal), Prof. Dr. B. Fritsch (Zürich), Dr. C. Herrmann-Pillath (Köln), Dipl. oec. M. Hierl (Augsburg), Prof. Dr. A. Meier (St. Gallen), Prof. Dr. U. P. Ritter (Frankfurt), Dr. A. Ryll (Köln), Dr. R. Schubert (Darmstadt), Dr. K. Schwarz (Berlin-Ost), Prof. Dr. G. Stephan (Bern), Dr. M. Supper (Wien) und Dr. H. Zink (Bern).

Die nächste Sitzung des temporären Arbeitskreises ist für den 4. - 6. 7. 1991 wiederum in Freiburg anberaumt worden.

Prof. Dr. U. Witt, Freiburg/Brsg.

### Ausschuß für Bevölkerungsökonomie

Der Ausschuß traf sich zu seiner Jahrestagung 1990 am 9. und 10. Februar in Lübeck. Die Konferenz beschäftigte sich mit Fragen der internationalen Migration. Insgesamt sechs Vorträge standen auf dem Programm. Prof. Dr. Siegfried Berninghaus (Universität Mannheim) und Prof. Dr. Hans Günther Seifert-Voigt (Universität Maastricht/Holland) lieferten zwei theoretische Beiträge zu Problemen der Migrationsentscheidung. Prof. Dr. Gustav Feichtinger (Technische Universität Wien) und Prof. Dr. Gunter Steinmann (Universität Gesamthochschule Paderborn) präsentierten ebenfalls ein formales Modell, an dem sie die langfristigen demographischen Konsequenzen fortgesetzter Immigration analysierten. PD Dr. Thomas Straubhaar (Universität Bern) erörterte Probleme einer europäischen Migrationspolitik. Mit Dr. Ralf Ulrich (Hochschule für Ökonomie Berlin) referierte ein Ökonom von der Hochschule für Wirtschaft in Ost Berlin zum aktuellen Thema der Übersiedlerbewegung aus der DDR in die Bundesrepublik. Außerhalb des Generalthemas stand ein Zweigenerationenmodell von Prof. Dr. Klaus Jäger (FU Berlin) zur Analyse der Auswirkungen eines umlagenfinanzierten Rentenversicherungssystems auf die gesamtwirtschaftliche Sparquote.

Das Referat von Prof. Berninghaus trug den Titel „Die Rolle des Target Savings Motivs bei der Rückwanderung“. Berninghaus stellte in seinem Referat den Aspekt

der Unsicherheit bei der Remigrationsentscheidung in den Vordergrund und präsentierte ein entscheidungstheoretisches Modell des Gastarbeiterverhaltens bei Unsicherheit. Er setzte voraus, daß ein Gastarbeiter in jeder Periode wählen kann, ob er im Gastland eine weitere Periode Arbeitseinkommen erwerben und sein Sparkapital vergrößern soll oder ob er in sein Heimatland zurückkehren und dort mit dem ersparten Vermögen ein eigenes Geschäft gründen soll. Aus einer Wahrscheinlichkeitsverteilung über die Entwicklung der relevanten ökonomischen Variablen in den späteren Perioden kann der Gastarbeiter dann für beide Fälle seine optimale Konsum- und Sparstrategie bestimmen. Berninghaus ermittelte auf diese Weise die optimale Spar- und Migrationsstrategie und leitete daraus verschiedene Hypothesen über das Remigrationsverhalten ab.

Der Vortrag von Prof. *Seifert-Vogt* „Temporäres Migrationsgleichgewicht bei unvollständiger Information“ führte die Gedanken von Berninghaus weiter. (Die beiden Vorträge sind als gemeinsame Arbeitspapiere *beider* Autoren erschienen.) Er bezog die Nachfrage nach Gastarbeitern in das Modell mit ein und integrierte so das partielle Modell in ein allgemeineres Modell optimaler Entscheidungsstrategien von Migranten unter Unsicherheit. Außerdem untersuchte er die Migrationsentscheidung im Rahmen eines Modells zweier sich überlappender Generationen. Seifert-Vogt leitete aus diesem Modell zunächst die Bedingungen für die Existenz eines temporären Migrationsgleichgewichts ab und diskutierte anschließend verschiedene Gleichgewichtseigenschaften.

Prof. *Feichtinger* und Prof. *Steinmann* stellten in ihrem Vortrag „Demographische Einflußfaktoren auf den Ausländeranteil an der Bevölkerung“ ein Populationsmodell vor, an dem sie die langfristigen demographischen Konsequenzen einer kontinuierlichen Immigration für ein Land mit negativer natürlicher Bevölkerungswachstumsrate analysierten. Sie zeigten, daß Immigration langfristig ein stationäres Bevölkerungsgleichgewicht herstellt und daß im Gleichgewicht der Anteil der Immigranten an der Bevölkerung nicht von der Zahl der Immigranten sondern ausschließlich von der Fertilität, der Alters- und der Geschlechtsverteilung der Immigranten und der Fertilität der Einheimischen bestimmt wird. Sie präsentierten darüber hinaus die Ergebnisse von Simulationsrechnungen für Deutschland, die ihre Aussagen bestätigten und die demographischen Anpassungsprozesse dokumentierten.

Nach diesen wirtschafts- und bevölkerungstheoretischen Arbeiten stellte PD *Straubhaar* mit seinem Vortrag „Brauchen wir eine europäische Migrationspolitik?“ die Frage nach der politischen Steuerung. Straubhaar konzipierte in seinem Beitrag Elemente einer europäischen Migrationspolitik. Er forderte die Einrichtung eines GAMP (General Agreement on Migration Policy), das in konsequenter Weiterführung und Ergänzung des GATT die notwendige Plattform zur Schaffung tragfähiger internationaler Rahmenbedingungen für die Migrationsströme herstellen sollte. Im GAMP sollten sich sowohl die westeuropäischen Einwanderungsländer als auch die weniger entwickelten Herkunftsländer auf den Einsatz migrationspolitischer Instrumente einigen, um externe Effekte der Migrationsbewegungen zu internalisieren. Straubhaar sprach sich für die beiden migrationspolitischen Instrumente der Einwanderungssteuer und der Einwanderungszertifikate aus und erörterte die Vor- und Nachteile beider Lösungen.

Dr. *Ulrichs* Vortrag „Einige Überlegungen zur Übersiedlerbewegung aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland“ informierte über Ausmaß, Charakteristika und Ursachen der Migration von der DDR in die Bundesrepublik zwischen 1949 und 1989. Zugleich ging der Referent auf die aktuellen Übersiedlerströme und die künftig zu erwartenden deutsch-deutschen Wanderungen ein. Sein Referat führte zu einer intensiven Debatte über die ökonomischen Probleme in der DDR.

Weil ein Referent abgesagt hatte, sprang Prof. *Jaeger* mit der Präsentation eines Modells zweier überlappender Generationen kurzfristig in die Bresche. Er griff ein Thema auf, das den Ausschuß bereits auf seiner Vorjahrestagung in Bad Homburg beschäftigt hatte. Auf vielen neoklassischen Modellen mit überlappenden Generationen (Feldstein, Homburg, Breyer) wird die Schlußfolgerung gezogen, daß die Einführung eines auf dem Umlaufverfahren basierenden Rentenversicherungssystems bzw. die Erhöhung des Beitragssatzes die gesamtwirtschaftliche Sparquote verringert. Jaeger zeigte in seinem Beitrag, daß die negative Beziehung zwischen Beitragssatz und Sparquote keineswegs als *allgemein* gültiges Resultat aus dem Modell überlappender Generationen abgeleitet werden kann. Vielmehr ist unter bestimmten Annahmen über die Reaktionen im Ungleichgewicht auch eine positive Beziehung zwischen Beitragssatz und Sparquote möglich. Das Ergebnis hängt davon ab, ob Walrasianische oder Marshallianische Stabilität zugrundegelegt wird und ob bei der langfristigen Stabilitätsanalyse Schwingungen auftreten oder nicht.

Prof. Dr. G. Steinmann, Paderborn

### Ausschuß für Unternehmenstheorie und -politik

Auf der Sitzung des Ausschusses am 27. und 28. April 1990 in Bendorf (Rhein) wurden unter dem Generalthema „Finanzinnovationen und Finanzmärkte“ vier Referate vorgetragen und diskutiert.

Prof. Dr. *Wolfgang Bühler*, Universität Dortmund, sprach über „Deutsche Terminbörse, Optionspreistheorie und Optionsstrategien“.

An der im Januar 1990 eröffneten Deutschen Terminbörse (DTB) werden derzeit Optionen auf 14 Aktien über ein vollelektronisches Handels- und Clearingsystem gehandelt. Dieses Ereignis war Anlaß des Referates, in dem nach einer Darstellung des Ablaufes der zweijährigen Projektplanung und -durchführung die Details des Handels- und Clearingsystems der DTB erläutert wurden. Besonders ausführlich wurde dabei auf die Aufgaben der Market Maker eingegangen. Zur Überwachung und Steuerung setzt diese Gruppe von Börsenteilnehmern Kenngrößen ein, die auf der von *Black / Scholes* entwickelten Optionspreistheorie beruhen. Zur Erläuterung dieser Kenngrößen wurden die wichtigsten Argumentationslinien der Optionspreistheorie entwickelt. Insbesondere wurde auf die Zusammenhänge zwischen einer Bewertung von Optionen auf der Grundlage einer „No-Arbitrage“ Bedingung und der Existenz äquivalenter Martingale sowie auf die Vervollständigung von Märkten durch zeitstetige Handelsstrategien eingegangen. Das der *Black / Scholes*-Theorie zugrundeliegende Marktmodell erlaubt, für die Optionswerte eine explizite Formel anzugeben sowie die zur Überwachung und Steuerung von Optionspositionen verwendeten Kenngrößen (Delta, Theta, Gamma, Vega) durch die partiellen Ableitungen dieser Formel nach ihren wichtigsten Einflußfaktoren darzustellen. Ziel des Vortrages war es, die Beziehungen zwischen mikroökonomischer Theorie und Praktiken des Optionshandels aufzuzeigen.

Prof. Dr. *Siegfried Trautmann*, Universität Stuttgart, berichtete über „Aktienoptionspreise an der Frankfurter Optionsbörse im Lichte der Optionsbewertungstheorie“.

Die seit dem 1. April 1983 an deutschen Wertpapierbörsen gehandelten Aktienoptionskontrakte (vom Amerikanischen Typ) verbriefen das Recht, eine bestimmte

Anzahl von Aktien (meist 50 Stück) zu einem bestimmten Preis (Basispreis) innerhalb eines bestimmten Zeitraums (maximal 9½ Monate) zu kaufen (Kaufoption) oder zu verkaufen (Verkaufsoption). Eine Untersuchung von mehr als 220 000 Transaktionspreisen für Aktienoptionen, die im Zeitraum vom 1. April 1983 bis 31. März 1987 an der Frankfurter Optionsbörse notiert wurden, führte für diesen Untersuchungszeitraum zu folgenden Schlußfolgerungen:

- Verkaufsoptionen waren in Relation zu den Kaufoptionen unterbewertet. Dies ergibt sich zum einen aus der häufig beobachteten Verletzung der aus der Put-Call-Parität abgeleiteten Wertuntergrenze für Verkaufsoptionen und zum anderen aus der simulierten Profitabilität der dadurch ausgelösten Arbitragestrategie.
- Marktpreise für Kaufoptionen konnten nur in bescheidenem Umfang von *Black / Scholes*-Modellwerten erklärt werden. Im Mittel weichen diese Werte um – 13% (bei Verwendung historischer Volatilitäten) bzw. nur um 5% (bei Verwendung impliziter Volatilitäten) von den beobachteten Marktpreisen ab. Der betragsmäßige Prognosefehler war dagegen bedeutend höher: Im Mittel 29% bzw. 19%.
- Kaufoptionen waren in Relation zu den zugrundeliegenden Aktien fehlbewertet. Dies ergibt sich insbesondere aus der simulierten Profitabilität der *Black / Scholes*-Hedgingstrategie auf der Basis historischer Volatilitäten.

Prof. Dr. *Heinz Zimmermann*, Hochschule St. Gallen, referierte über „Volkswirtschaftliche Bedeutung derivativer Finanzmärkte und einige erste Erfahrungen aus der Schweiz (SOFFEX)“.

Typischerweise wird die ökonomische Bedeutung derivativer Finanzmärkte in der effizienten Gestaltung der Risikoallokation gesehen. Ausgehend vom klassischen Arbitrage-Ansatz zur Preisbildung derivativer Instrumente, lassen sich die Zahlungsstrukturen dieser Instrumente jedoch perfekt replizieren. Wo liegen die ökonomischen Gründe für das enorme Wachstum der derivativen Märkte, und wie würden sich unter diesen Annahmen die gewaltigen Investitionen in den Aufbau dieser Märkte rechtfertigen? So hat schon nur der Aufbau des SOFFEX-Handelsystems (ohne Folgeinvestitionen für die Banken) den Betrag von 70 Mio Sfr überschritten. Erklärungen können durch Transaktionskosten und Informationsunvollkommenheiten geliefert werden. Der Vortrag wies insbesondere auf den letzten der beiden Aspekte hin. Das Argument liegt darin, daß Optionsmärkte sowohl ein Informations- als auch ein Externalitätenproblem, das mit dynamischen Handelsstrategien verbunden ist, besser zu lösen vermögen als die Basismärkte selbst. Dies führt zur Schlußfolgerung, daß die Volatilität auf einem Finanzmarkt neben „fundamentalen“ Faktoren und der aggregierten Risikoaversion der Marktteilnehmer weitgehend durch die Mikrostruktur der Finanzmärkte determiniert wird (Informationsleistung unterschiedlicher Börsensysteme, Ausgestaltung des Market Making, Verbreitung „zyklischer“ und „antizyklischer“ Strategien und deren Kenntnis, etc.). Dieser Gesichtspunkt wurde am Beispiel des „Mini-Börsencrash“ vom Oktober 1989 illustriert.

Prof. Dr. *Günter Franke*, Universität Konstanz, beschäftigte sich mit dem Thema „Zur Gestaltung von Futureskontrakten“.

Zunächst wurden die grundlegenden Eigenschaften von Futureskontrakten beschrieben und Forwardkontrakten gegenübergestellt. Sodann wurde anhand des Prinzips arbitragefreier Märkte die Bewertung von Futureskontrakten erläutert. Daran schloß sich die Frage an, wie Futureskontrakte zu gestalten sind, um die Ziele der Träger der Börsen sowie der Mitglieder der Börsen möglichst zu verwirklichen. Während die Träger der Börsen eine Maximierung des Umsatzvolumens anstreben, verfolgen die Mitglieder der Börsen als Eigenhändler auch andere Ziele. Die Ziele für

Arbitrageure, Spekulanten und Hedger wurden in Hinblick auf die Kontraktgestaltung erörtert. Es zeigte sich, daß insofern durchaus Interessenkonflikte zwischen den einzelnen Gruppen bestehen. – Gegenwärtig steht die Deutsche Terminbörse vor der Frage, wie sie ihre Futureskontrakte gestalten soll. Da sie in scharfem Wettbewerb mit den Terminbörsen von London und Paris steht, kommt der Kontraktgestaltung eine wichtige Rolle zu. Einer der Futureskontrakte, die in Kürze eingeführt werden sollen, ist der Futureskontrakt auf Bundesanleihen. Kontrovers diskutiert wird die Frage, wie Lieferoptionen des Bund-Futureskontraktes gestaltet werden sollen. Es wird argumentiert, daß die Hedgingqualität des Bund-Futureskontraktes gegenüber dem Londoner Kontrakt verbessert werden kann, indem die Abrechnung des Futureskontraktes bei Lieferung nicht nach hypothetischen Preisfaktoren erfolgt, sondern nach Preisfaktoren, die von den tatsächlichen Marktpreisen ausgehen. Da die Hedger vermutlich das größte Gewicht für den Erfolg eines Kontraktes haben, folgt daraus, daß die Deutsche Terminbörse voraussichtlich größeren Erfolg mit einem dermaßen abgeänderten Bund-Futureskontrakt erzielen würde.

Auf der Mitgliederversammlung wurden die Herren Kollegen *Trautmann* und *Zimmermann* als neue Mitglieder kooptiert. Die nächste Sitzung des Ausschusses ist für den 26. und 27. April 1991 ebenfalls wieder in Bendorf (Rhein) mit einem thematischen Schwerpunkt zu produktionstheoretischen Fragen vorgesehen.

Prof. Dr. W. Dinkelbach, Saarbrücken

### Dogmenhistorischer Ausschuß

Die 11. Tagung des Ausschusses fand vom 24. - 26. September 1990 in Frankfurt statt. Sie war dem Thema: „Die Darstellung der Wirtschaft und der Wirtschaftswissenschaft in der Belletristik“ gewidmet. Als Gäste waren der Frankfurter Anglist, Herr Prof. Dr. *Klaus Reichert*, die Herren Prof. Dr. *Kurt Dopfer* aus St. Gallen und Doz. Dr. *Peter Rosner* aus Wien, sowie aus der DDR Prof. Dr. *Günter Krause*, Berlin, Prof. Dr. *K. Müller*, Leipzig, und Prof. Dr. *Peter Thal*, Halle anwesend.

Das erste Referat (vom Unterzeichneten) über „Spiegelungen des antiken Wirtschaftsdenkens in der griechischen Dichtung“ untersuchte die in der homerischen Epik, in der archaischen Lyrik und im klassischen griechischen Drama vorfindlichen Vorstellungen von wirtschaftlichen Zusammenhängen und ihrer gerechten Ordnung in der Gesellschaft. Trotz der Entstehung des Münzwesens, des Aufstiegs neuer Verkehrsformen wie des Seehandels, der sozialen Umschichtungen und des Übergangs zur Demokratie zeigt sich eine bemerkenswerte Kontinuität der normativen Grundvorstellungen, einschließlich der Regeln der Gegenseitigkeit, der Umverteilung und des Tauschs, in die sich für die betrachteten Autoren wirtschaftliche Vorgänge einordnen. Die griechische Wirtschaftsphilosophie, wie sie uns vor allem durch Aristoteles überliefert ist, hat das Verdienst, diese Vorstellungen systematisch zu ordnen und verfolgt damit andere Ziele als Theoriebildung im modernen Sinn.

Herr Prof. Dr. *Norbert Klotten*, Tübingen, sprach über „Lampedusas ‚Il Gattopardo‘: Literarisches Pendant zum ‚Trattato di sociologia generale‘ Paretos“. Er erläuterte zunächst die Ziele und Grundbegriffe der Soziologie Paretos, die die Herrschaftsformen und den Wechsel politischer Eliten zu beschreiben gestatten. Herr Klotten konnte in Lampedusas viel früher konzipiertem aber erst 1959 erschienenem Roman zahlreiche Parallelen nicht nur zum Gegenstand, sondern auch zur Betrachtungsweise Paretos feststellen. Die Romanhandlung verbleibt im wesentlichen innerhalb dieser The-

matik, und das Erleben der Personen wird von ihr bestimmt. Ein direkter Einfluß Paretos auf Lampedusa ist nicht nachweisbar – gewöhnlich lernt die Soziologie aus der Literatur, nicht umgekehrt.

Herr Doz. Dr. *Peter Rosner*, Universität Wien, sprach über „Probleme von Subjektivität und Objektivität in der Wertlehre der österreichischen Schule“. Er suchte zu zeigen, daß in Menger eine psychologische Nutzwerttheorie angelegt ist, die über einen reinen Subjektivismus und Funktionalismus wie bei Mises hinausgeht und in einer Theorie der Bedürfnisentwicklung durch die Analyse von Lernprozessen bei Individuen zu zeigen versucht, wie objektive Gütereigenschaften subjektiv wahrgenommen werden. So kann Menger etwa von technischen Komplementaritäten von Gütern auf den Zusammenhang der Nachfragefunktion schließen, während in der modernen Theorie Komplementarität direkt durch die entsprechenden Eigenschaften der Nachfragefunktionen definiert wird. Die naturalistische Seite der Theorie sei vor allem von Wieser weitergeführt worden, während die radikal subjektivistische Variante, die heute mit der Vorstellung von „Austrian Economics“ verbunden wird, auf Mises zurückgeht.

Am Abend des ersten Tages traf sich der Ausschuß beim Vorsitzenden zu Hause zu einem Glas Wein. Am folgenden Morgen sprach zunächst Herr Prof. Dr. *Kurt Dopfer*, Hochschule St. Gallen, über „Der Status der Wirklichkeit in der ökonomischen Theorie. Ein Thema der deutschsprachigen Nationalökonomie von Schmoller bis Eucken“. Hier wurde versucht, den Evolutionsgedanken Schmollers mit dem Systemgedanken Euckens nicht nur zu konfrontieren, sondern zu zeigen, daß die ihnen zuzuordnenden Forschungsprogramme einander gegenseitig bedürfen, da ja Schmoller selbst letzten Endes auf Theorie hin zielt, während in Euckens Vorstellung von der Instabilität der gemischten Systeme das Problem der Transformation gestellt ist.

Herr Prof. Dr. *Klaus Reichert*, Frankfurt, sprach nun über „Wucher und Wucherklischees am Übergang zur Neuzeit“. In dieser Studie einer sich langsam wandelnden ökonomischen Mentalität wurde mit den Mitteln des Philologen, wie der Begriffsgeschichte, der Etymologie und des eingehenden Textvergleichs gezeigt, wie für den literarischen Topos des Wuchers immer neue Ausdrucksformen gefunden und entwickelt wurden. Trotz der religiösen Stigmatisierung bildet sich schließlich ein Kompromiß heraus, in dem die Notwendigkeit der Zinsnahme für den Fernhandel anerkannt wird. Zur Darstellung des Höhepunkts dieser geistigen Auseinandersetzung im „Kaufmann von Venedig“ wurde ein weites Hintergrundmaterial herangezogen.

Prof. Dr. *Hans-Christoph Binswanger*, St. Gallen, sprach sodann über: „Goethe als Ökonom. Chancen und Gefahren der modernen Wirtschaft im Spiegel von Goethes Dichtung“. Das Referat erwähnte den Einfluß der Physiokratie und der entstehenden englischen Klassik auf Goethe und ging auch knapp auf seine eigenen Erfahrungen als Minister ein, behandelte aber in der Hauptsache Goethes ökonomische Ideen, die vor allem im „Wilhelm Meister“ und „Faust“ entfaltet werden. Goethes einfacher „gemäßigter Liberalismus“ enthält, auf der Suche nach Lösungen von Zeitproblemen wie der Drohung technologischer Arbeitslosigkeit, Überlegungen zum rechten Verhältnis von Staat und Wirtschaft ebenso wie zu einer verantwortungsvollen Unternehmensführung. Im Faust ist – von den Philologen kaum beachtet – auch die große Thematik von der Kraft der Geldschöpfung, der kolonialisatorischen Aneignung der Naturkräfte mit ihren Gefahren und das Verhältnis von Kapital und Arbeit angesprochen.

Mittags waren der Ausschuß und seine Gäste zu einem festlichen Essen in der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft eingeladen. Herr

Prof. Dr. *Erich Streißler* erfreute die Runde mit einer heiteren Tischrede, in der er auf die Aufgaben, aber auch das Vergnügen einging, welche die Arbeit im Ausschuß mit sich bringen.

Hier hielt nun auch Herr Prof. Dr. h.c. mult. *Gottfried Eisermann*, Bonn, seinen Vortrag über „Wirtschaft und Gesellschaft im klassischen französischen Roman“. Außerordentlich umfassend behandelte er die von den großen französischen Romaniers entworfenen Gesellschaftsbilder. Er suchte den psychologischen Entdeckungen Stendahls, der unerhörten idealtypischen Vielfalt Balzacs, der stilistischen Verfeinerung Flauberts und dem gesteigerten Realismus eines Zola, Maupassant und anderer gerecht zu werden, indem er auch auf Entwicklungen der zeitgenössischen Soziologie und Veränderungen der Wirtschaftsstruktur eintrat.

Am späten Nachmittag folgte eine Führung durch das Goethe-Haus von Prof. Dr. *Christoph Perels*, dem Direktor des Hauses und des Freien Deutschen Hochstifts in Frankfurt. Perels, der an einigen Sitzungen der Tagung auch als Gast teilnahm, verband in seiner Führung die Hinweise zur Alltagsgeschichte im Hause Goethes mit mannigfaltigen Exkursen zur Kultur der Goethezeit und vergaß auch nicht, einiges zu den wirtschaftlichen Verhältnissen der Familie einzuflechten. Man fuhr dann mit einem Schiff zur Gerbermühle, wo Herr Prof. Dr. *Müller*, Leipzig, für die Kollegen aus der DDR beim Essen über die Situation des Dogmenhistorischen Unterrichts vor und nach der Wende sprach. Der Unterzeichnete unternahm es, die obligate Damenrede mit einigen Worten zu der Zeit der Liebe und des gemeinsamen Dichtens von Goethe und Marianne von Willemer in der Gerbermühle im Jahre 1815 zu verbinden.

Am folgenden Tag referierte Prof. Dr. *Heinz Rieter*, Hamburg, über „Alfred Marshall und die viktorianische Kunst“. Während andere große Ökonomen durch ihr Werk auf die Literatur einen mittelbaren oder sogar unmittelbaren Einfluß ausgeübt haben, konnte dies für Marshall nicht gezeigt werden; eher traf es für den von Marshall bewunderten Ruskin zu. So kehrte Herr Rieter die Fragestellung um und wies nach, daß Kunst und Literatur für Marshall nicht nur im privaten Leben eine ganz wesentliche Rolle spielten, sondern daß er auch die Vorstellung einer ästhetischen Erziehung zur Verschönerung der Lebensbedingungen nicht nur der Sphäre des Konsums, sondern auch der Produktion in seine ökonomischen Schriften mit aufnahm. Freilich blieben seine Vorstellungen dabei von der viktorianischen Epoche geprägt.

Prof. Dr. *Harald Scherf*, Hamburg, behandelte „Die Rolle der Wirtschaft im deutschen Roman des 20. Jahrhunderts“. Sein Resultat war wesentlich negativ. Die großen und mit Recht bewunderten deutschen Romane, aber auch die meisten minderer Autoren – von der Trivalliteratur war nicht zu sprechen – enthalten kaum Handlungsabläufe, Beschreibungen oder Erörterungen, die ein tieferes oder originelles Verständnis wirtschaftlicher Phänomene beweisen. Auch die politisch engagierte Literatur verfehlt die großen Themata der ökonomischen Entwicklung im 20. Jahrhundert zumeist gänzlich.

Alle Vorträge wurden mit Beifall verdankt und – etwa im Hinblick auf den modernen Realismus – kontrovers diskutiert. Man war der Meinung, die Behandlung der die Jubiläumstagung gewählten, sonst ungewöhnlichen Thematik habe sich gelohnt.

An der Mitgliederversammlung wurde Herr Prof. Dr. *Heinz Rieter*, Hamburg, einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt, und zum neuen Mitglied Herr Prof. Dr. *Kurt Dopfer*. Es wurde vorgesehen, sich 1991 schwerpunktmäßig mit der Dogmengeschichte der Nationalökonomie in Osteuropa im 19. Jahrhundert zu befassen, wobei die deutschen Emigranten besondere Berücksichtigung finden sollen, aber auch russische Ökonomen zu beachten sind. Nach der Schlußrede von Herrn Prof. Dr. *Th. Pütz*

wurden die Mitglieder und Gäste des Ausschusses noch durch die bedeutende Sammlung zeitgenössischer Kunst in den Türmen der Deutsche Bank AG geführt.

Prof. Dr. B. Schefold, Frankfurt/M.

### **Ausschuß für Finanzwissenschaft**

Die diesjährige Arbeitstagung des Ausschusses fand vom 6. bis 8. Juni in Passau zu dem Generalthema „Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherung II“ statt.

Prof. Dr. *Klaus-Dirk Henke* (Hannover) untersuchte in seinem Beitrag die Sicherung im Krankheitsfall sowohl grundsätzlich als auch im Hinblick auf die Weiterentwicklung im vereinten Deutschland. Im theoretischen Teil wurden die beiden Formen der Risikoversorge – Risikoprävention und Risikoübernahme – sowie die konstituierenden Ausgestaltungsmerkmale eines Krankenversicherungsschutzsystems einer eingehenden Analyse unterzogen. Im Anschluß an diese Überlegungen beschäftigte sich der Referent mit der gegenwärtigen Steuerung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Gesundheitsreformgesetzes. Als Konsequenz aus dem Vergleich des Status Quo mit den Anforderungen an die Risikoversorge und einen funktionstüchtigen Krankenversicherungsschutz entwickelte der Referent die Leitvorstellung eines gesetzlich vorgeschriebenen privaten Krankenversicherungsschutzes. Dieser idealtypische Vorschlag soll die Anreize verbessern und die Selbststeuerungsfähigkeit des Systems erhöhen. Im Anschluß an das Referat erfolgte eine intensive Diskussion, in deren Mittelpunkt die Zweckmäßigkeit der Beitragssatzstabilität als Grundsatz der Gesundheitspolitik, Möglichkeiten zur Stärkung der Eigenverantwortung im Gesundheitsbereich sowie die Beziehung zwischen Risikoprävention und Risikoübernahme standen.

Prof. Dr. *Eberhard Wille* und Dr. *Volker Ulrich* (beide Mannheim) referierten über „Bestimmungsfaktoren der Ausgabenentwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)“. Der Gesundheitsmarkt ist durch die Merkmale korporativer Koordination als wichtigster Allokationsmechanismus, asymmetrische Informationsverteilung zwischen den Marktteilnehmern, diskretionäre Eingriffe durch politische Entscheidungsträger und eine Mischung von Allokations- und Verteilungszielen in der Gesundheitspolitik gekennzeichnet. Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen analysierten die Referenten angebots- und nachfrageseitige Determinanten der Ausgabenentwicklung. Die These, daß es sich bei den negativen Preisstruktureffekten zuungunsten des Gesundheitssektors sowie beim zunehmenden Rentneranteil um wichtige Bestimmungsfaktoren von Niveau und Struktur der GKV-Ausgaben handelt, wird durch eine von den Referenten durchgeführte Längsschnittanalyse für den Zeitraum von 1970 bis 1987 bestätigt. Außerdem legt diese empirische Untersuchung den Schluß nahe, daß eine Sensibilisierung der Nachfrage zumindest bei einigen Behandlungsarten (z.B. ambulante Behandlung, Arzneimittelversorgung) zu einer Eindämmung des Ausgabenwachstums beitragen kann. Wille und Ulrich ergänzten diese partialanalytische Vorgehensweise noch durch ein integriertes Strukturmodell (MIMIC-Modell), mit dem eine Verknüpfung von Input- und Outputgrößen angestrebt wird. Im Anschluß an das Referat diskutierten die Teilnehmer ausführlich über die Begründung negativer Preisstruktureffekte, die Charakterisierung der Gesundheitsleistungen als superiores Gut und die Eigenschaften des MIMIC-Modells.

Prof. Dr. *Dieter Brümmerhoff* (Essen) untersuchte in seinem Beitrag zunächst, inwieweit Äquivalenzprinzip und Solidaritätsprinzip als Gestaltungsprinzipien in der

GKV der Bundesrepublik Deutschland derzeit Anwendung finden. Als Referenzsystem stellte der Referent ein Modell vor, das durch die systematische Verbindung der wesentlichen Merkmale einer GKV-Versicherung, Zwang und Umverteilung – charakterisiert ist. Vor diesem Hintergrund zeigt sich, daß die Bedeutung des Äquivalenzprinzips in der bundesdeutschen GKV gegenwärtig gering ist und daß das Solidaritätsprinzip weitgehend als reines interpersonelles Umverteilungsziel praktiziert wird, dessen Anwendung sich durch geringe Zielklarheit und -bezogenheit auszeichnet. Auf dieser Situationsanalyse aufbauend diskutierte Brümmerhoff Maßnahmen zur Stärkung der beiden Gestaltungsformen. Im Hinblick auf das Solidaritätsprinzip sind hierbei Fragen der Festlegung der Solidargemeinschaft und des zur Umverteilung herangezogenen Einkommens von zentraler Bedeutung. Bei einer Verstärkung des Äquivalenzprinzips geht es vor allem darum, Versicherungszwang und Geltung der individuellen Präferenzen zu verbinden. Der Referent betonte, daß bei einer weiten Interpretation des Solidaritätsprinzips unter dem Gesichtspunkt der Verstärkung des Äquivalenzprinzips erfolgende Maßnahmen nicht in Widerspruch zum Solidaritätsprinzip ständen. Im Rahmen der nachfolgenden Diskussion erfolgte eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Eingrenzung und Interpretation des Äquivalenz- bzw. Solidaritätsprinzips.

Die Arbeitstagung 1991 soll zu dem Thema: „EG“ in München stattfinden.

Herr Prof. Dr. *Wenzel* wurde als neues Mitglied in den Ausschuß aufgenommen.

Prof. Dr. K.-H. Hansmeyer, Köln

### Theoretischer Ausschuß

Die diesjährige Tagung des Ausschusses fand vom 3. bis 5. Mai wieder auf Schloß Reisenburg in Günzburg statt. Die Ausschußsitzung hatte kein einheitliches Thema, es wurden 6 Vorträge aus dem Bereich der Wirtschaftstheorie gehalten. Folgende Professoren haben vorgetragen:

*M. Magill / W. Shafer / M. Quinzii*: (University of Southern California, Los Angeles):  
Symposium über Incomplete Markets;

*U. Schittko*: Fiskalpolitik in einem monetären Asset-Pricing-Modell mit endogener Produktion;

*E. van Damme*: Globale Spiele und Risikodominanz;

sowie die Vorträge der eingeladenen Gäste

*H. Bester*: Preiswettbewerb in einem Duopol mit Produktionsdifferenzierung;

*S. Berninghaus*: Auswirkungen gewerkschaftlicher Lohnpolitik auf strategische Markteintrittsentscheidungen.

Die Vorträge der eingeladenen Gäste (*H. Bester*, *S. Berninghaus*) wurden diskutiert, über eine Kooptation wird lt. Satzung des Ausschusses bei der Jahrestagung 1991 abgestimmt werden. Außerdem wurde besprochen, welche Gäste zu den nächsten Tagungen eingeladen werden sollen. Über die Reihenfolge wurde abgestimmt.

Am 5. Mai fand die Mitgliederversammlung statt. Prof. Dr. *Martin Hellwig* wurde zum neuen Vorsitzenden des Theoretischen Ausschusses gewählt.

Die nächste Tagung wird vom 2. bis 4. Mai 1991 wieder auf Schloß Reisenburg stattfinden.

Prof. Dr. W. Hildenbrand, Bonn

ZWS 111 (1991) 1

## Ausschuß für Außenwirtschaftstheorie und -politik

1. Auf der Tagung am 25./26. Mai 1990 in Essen/Hattingen hielten zwei Gäste (H. J. Dubrowsky und T. Ziesemer) und vier Ausschußmitglieder (K. Sauernheimer, H. Willgerodt, M. Schmid und R. Vaubel) Referate über „Neuere Entwicklungen in der Außenwirtschaftstheorie und -politik“ bzw. zur (damals bevorstehenden) Einigung Deutschlands (Willgerodt, Dubrowsky).

2. In zwei aus aktuellem Anlaß in das Programm aufgenommenen Beiträgen befaßten sich Professor Dr. H. Willgerodt (Universität Köln) und Professor Dr. H. J. Dubrowsky ((damals: Bruno Leuschner)-Hochschule für Ökonomie Berlin (Ost)) mit aus der Bildung der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion zu erwartenden Problemen. H. Willgerodt verglich das 1948 erfolgte Ende der seit 1936 geltenden zentralgeleiteten Wirtschaft mit der Situation der DDR im Jahre 1990, wobei er die Bedeutung des 1936 eben nicht beseitigten Privateigentums einerseits und die Bedeutung von Wechselkursmechanismus, Preisflexibilität und einer „falschen“ Außenwirtschaftsstruktur der DDR betonte. H. J. Dubrowsky diskutierte die Aufgaben, die sich aus dem Übergang zur Marktwirtschaft unter Zeitdruck, den extremen Einkommens- und Vermögensunterschieden zwischen West- und Ostdeutschland und der Anpassung der damaligen DDR an die EG-Bedingungen stellen.

Professor Dr. K. Sauernheimer (Universität Essen – GHS) ging in seinem Referat „Wirtschaftspolitische Interdependenzen in einer Wechselkursunion“ von einem Drei-Länder-Zwei-Güter-Modell aus. Er nahm an, daß die von den USA stark beeinflussten währungspolitischen Bedingungen der 80er Jahre von einer europäischen Dominanz in den 90er Jahren abgelöst wird. Zwei Unionsländer (Frankreich, BRD) sind durch feste Wechselkurse verbunden; sie floaten gegenüber einem Drittland. Eine (exogene) Produktivitätserhöhung in der BRD führt zu Änderungen der Zinssätze und der realen Wechselkurse innerhalb der Union und zu Wechselkursanpassungen gegenüber dem Drittland. Besonders interessant ist jedoch die Diskussion der langen Frist, in welcher der Produktivitätsschock zumindest im Inland den Kapitalstock erhöht und somit auch Angebotseffekte auslöst, die den zuvor untersuchten Nachfrageeffekten gegenübergestellt werden.

Dr. T. Ziesemer (Rijksuniversität Limberg) und Professor Dr. M. Schmid (Universität der Bundeswehr Hamburg) untersuchten in ihren Referaten „Kapitalgüterimporte und Verschuldungskrise in der dynamischen Theorie der internationalen Kapitalbewegungen“ bzw. „Internationaler Schuldenerlaß und Auslandshilfe – Theoretische Aspekte aus Keynes'schen und neoklassischen Modellansätzen“ verwandte Probleme. Ziesemer untersuchte Optimalwachstumsmodelle unter der Annahme vollständiger Information. Die Ergebnisse hängen davon ab, ob – wie oftmals in Entwicklungsländern – die Wachstumsrate der Produktion und der Exporte unter dem zu zahlenden Zins liegt oder ob die Exporte mit einer höheren Rate wachsen. Im ersten Fall wird eine intertemporale Budgetbeschränkung wirksam und dem Schuldnerland droht der Bankrott. Schmid zeigte, daß in einem Keynesianischen Modell wachsende Auslandsverschuldung mit sinkenden Einkommen und Schuldenabbau mit Einkommenswachstum verbunden sind. In seinem Wachstumsmodell vom Solow-Typ dagegen wird deutlich, daß in der neoklassischen Welt, in welcher die Auslandsverschuldung bei unterstellten Technologien aus Unterschieden in den Sparquoten resultiert, jeder Schuldenerlaß wirkungslos bleibt, sofern er nicht an eine Änderung des ökonomischen Verhaltens im Schuldnerland gebunden ist.

Professor Dr. R. Vaubel (Universität Mannheim) machte in seinem Referat „Eine Public-Choice Analyse des Internationalen Währungsfonds“ deutlich, daß sich die (zu

günstigen) Zinskonditionen und die keiner Systematik folgenden ad hoc-Bedingungen für die Inanspruchnahme von IMF-Krediten keineswegs aus der traditionellen ökonomischen Theorie erklären lassen, sondern daß hierfür Macht- und Einkommensstreben des IMF heranzuziehen sind. Die IMF-Mitglieder schieben gerne die Verantwortung auf den „Sündenbock“ IMF ab und werden hierfür durch nicht marktgerechte Kreditkonditionen und Zinsvorteile belohnt.

Professor H.-J. Heinemann, Hannover